



**Bürgerbewegung PRO KÖLN e. V.
in der Vertretung des Stadtbezirks Porz**

PRO KÖLN - Markmannsgasse 7 - 50667 Köln

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters
Rathaus
50667 Köln

Herrn
Bezirksbürgermeister Henk van Benthem
Bezirksrathaus Porz
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70

20.2.2015

**Änderungsantrag für die Sitzung der Bezirksvertretung Porz am 3. März 2015 zu dem
Antrag 6.5: Einführung von 15 Minuten kostenfreien Parkens in Porz**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

ich bitte darum, in dem Antrag 6.5 der CDU für die nächste Sitzung der BV Porz am 3. März
im Beschlusstwurf die Formulierung „bis zu einer Höchstdauer von 15 Minuten“ zu ersetzen
durch:

„bis zur Höchstdauer von einer Stunde“.

Begründung:

Die Initiative für eine auf eine gewisse Zeit begrenztes kostenloses Parken ist sehr zu begrüßen und greift eine Initiative von Pro Köln aus dem Jahr 2006 auf. Die in dem Antrag 6.5 vorgeschlagene Zeitdauer von 15 Minuten ist allerdings zu kurz. Allein schon für den Weg von einem Parkplatz zu einem Geschäft in der Porzer Fußgängerzone und zurück einschließlich eines einfachen Einkaufsvorganges dürfte diese kaum ausreichen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, den Zeitraum des kostenlosen Parkens auf eine Stunde festzulegen. In dieser Zeit kann sicherlich einiges erledigt werden ohne den ständigen drängenden Blick auf die Uhr, ob nicht die Viertelstunde schon abgelaufen ist. Sonst könnte es sein, daß gerade diese Viertelstunde zu einer besonderen Ärgernis wird, wenn bei Überschreiten der Parkzeit rigoros eine Verwarnung ausgestellt wird, wie es oft der Fall ist.

Eine Regelung mit einem vernünftigen Zeitlimit von einer Stunde könnte tatsächlich dazu beitragen, daß auch die Geschäfte in Porz-Mitte und in den Stadtteilen wieder verstärkt aufgesucht werden. Die

Lebensqualität sowohl von den Kunden als auch von den Geschäftsleuten durch Wegfall des enormen Zeitdrucks, der durch eine kurze Dauer von 15 Minuten zweifellos entstehen würde, könnte dadurch erhöht werden.

Eventuelle Mindereinnahmen der Stadt durch diese Maßnahme sind auszugleichen durch Setzung von anderen politischen Prioritäten, mittels derer erhebliche Einsparung möglich wären. Vorschläge hierzu, falls notwendig, können gerne eingereicht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Regina Wilden, Bezirksvertreterin